



LIGA DER FREIEN WOHLFAHRTSVERBÄNDE PFORZHEIM ENZKREIS

Positionspapier

der LIGA der freien Wohlfahrtsverbände in Pforzheim und im Enzkreis zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der Stadt Pforzheim

Ganz ohne Zweifel: der deutsche Sozialstaat steckt strukturell in der Sackgasse. Al-lenthalben wird eine große soziale Ungerechtigkeit beklagt, deren Ergebnis u.a. die wachsende Verarmung der Kinder und alten Menschen in einem der reichsten Länder der Welt ist.

Mindestens jedes 5. Kind in unserem Land wächst unter Armutbedingungen nach der Definition der WHO auf¹. Demnach lebten im Jahr 2016 um die 2,7 Millionen Kinder und Jugendliche unterhalb der Armutsgrenze, ihr Anteil erhöhte sich damit von 19,7 auf 20,3 Prozent. Auch der im Jahr 2009 begonnene Anstieg der Altersarmut hat sich den Forschern zufolge fortgesetzt. Bei Menschen über 65 Jahren erhöhte sich der Anteil von 12,6 auf 12,7 Prozent.

Diese Zahlen gehen aus der kürzlich veröffentlichten Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung hervor.²

Nicht umsonst liegen deswegen bereits zwei Verfassungsbeschwerden dem Bundesverfassungsgericht vor (Einzelheiten unter www.elternklagen.de).

Auch der 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung gibt erneut Aufschluss über die gesellschaftliche Spaltung (www.armuts-und-reichtumsbericht.de).

Die Stadt Pforzheim, also unsere Stadt, ist von dieser Entwicklung besonders betroffen. Sie ist die Stadt der Gegensätze: einerseits hat die Stadt Pforzheim die höchste Arbeitslosen- und Hartz-IV-Empfängerquote in Baden-Württemberg sowie eine sehr hohe Quote beim Migrantenanteil, andererseits weist Pforzheim, nach Baden-Baden, die zweithöchste Vermögensmillionärsdichte in unserem Bundesland auf.

¹ **Armut** bezeichnet im **materiellen** Sinn als Gegenbegriff zu **Reichtum** primär die mangelnde Befriedigung der **Grundbedürfnisse** nach Kleidung, Nahrung, Wohnung und Erhaltung des Lebens. Da in diesem Sinne von Armut betroffenen Menschen in der Regel die (beispielsweise finanziellen) Mittel fehlen, um die entsprechenden Grundbedürfnisse zu befriedigen, wird **synonym** bisweilen auch der Begriff **Mittellosigkeit** verwendet.

² Vgl.: <https://deutsch.rtc.com/inland/55226-neue-stdie-27-millionen-kinder-unter-armutsgrenze/> 08.08.2017

Die sehr hohe Zuwanderung mit seinen Folgekosten beansprucht mehr und mehr die kommunalen Mittel. Auch hierin ist ein Grund für die immens gestiegenen Soziallasten zu sehen. Daneben beschneiden insbesondere die Leistungsgesetze des Bundes, z.B. die Eingliederungshilfe, zusätzlich den finanziellen Gestaltungsspielraum der Stadt Pforzheim.

Andererseits hat die Stadt Pforzheim ein gravierendes Steuereinnahmeproblem. Die einst prosperierende Schmuck- und Uhrenherstellung hat sich auf ein sehr niedriges Niveau reduziert. Leider ermöglichten die bisherigen Bemühungen nicht den dringend notwendigen Strukturwandel.

Daraus resultiert das Dilemma, dass die Stadtverwaltung seit Jahren durch Intervallmäßig stattfindende Kürzungen bei den sozialen Trägern das Maß und die Qualität der sozialen Leistungen in einem nicht mehr verträglichen Maße reduziert hat.

Unsere Stadt ist bei der Bewältigung ihrer strukturellen Probleme bisher auf sich allein gestellt. Das Land Baden-Württemberg kennt bis heute keinen kommunalen Finanzausgleich, ohne diesen unsere Stadt weiterhin ein Sorgenkind bleiben wird.

Bisher konnte ein „sozialer Unfrieden“ mit schrecklichen Begleiterscheinungen, wie wir diese aus anderen bundesdeutschen Großstädten kennen, auch aufgrund des großen Engagements der Mitglieder der freien Wohlfahrtspflege, der Vereine und einer großen Schar von ehrenamtlich Tätigen, verhindert werden. Aber eines ist dennoch unübersehbar: der Trend zu populistischen und „rechtslastigen“ Gruppierungen und Parteien findet in der Pforzheimer Bevölkerung einen fruchtbaren Boden (siehe Ergebnisse der letzten Landtagswahl).

Pforzheim steht also am Scheideweg: entweder werden jetzt konsequent nachhaltig wirkende Investitionen in die frühe Bildung unserer Kinder gesteckt, oder unsere Stadt wird wegen der Vernachlässigung ihrer verpflichtenden Aufgaben in einigen Jahren in noch höheren verpflichtenden Soziallasten „ersticken“. Wer Kinderarmut sät, wird schließlich Altersarmut ernten.

Im Klartext heißt das: mehr Geld, mehr Investitionen in unsere frühe Bildung und Hilfen, also in die Kindertagesstätten, Schulen, Familienzentren und Beratungsstellen für Kinder und deren Eltern. Der Hinweis auf die knappe Haushaltsslage als Begründung für Sparmaßnahmen ist zynisch und nicht stichhaltig, denn die jetzigen Versäumnisse werden später mehrfach in die Sozialsysteme mittels gesetzlich verpflichtender Jugendhilfe-, Eingliederungs- und anderer Sozialhilfemaßnahmen eingezahlt werden müssen.

Die Stadt Pforzheim benötigt einen Solidarpakt aller verantwortlich handelnden Parteien, Organisationen und gesellschaftlichen Gruppen. Daher muss dringend eine strategische Planung und Priorisierung der notwendigen Aufgaben vorgenommen werden. Ziel muss es sein, in den nächsten Jahren aus dem Dilemma der negativen kommunalen Jahresabschlüsse herauszukommen und die Einnahmesituation der Stadt Pforzheim ins Positive zu verkehren. Die LIGA fordert die Kommunalpolitik auf,

endlich eine aktive Beteiligung der Vertreter/innen der freien Wohlfahrtspflege in der Haushaltsstrukturkommission zuzulassen.

Doch unsere Stadt kann sich aufgrund der erheblichen strukturellen Defizite nicht allein helfen. Die kommunale Selbstverwaltung ist akut gefährdet. Daher sieht die LIGA zwingend die Notwendigkeit für finanzielle Hilfen des Landes.

Die LIGA der freien Wohlfahrtspflege möchte mit den folgenden Vorschlägen einige Impulse geben.

1

Strategische Sozialplanung mit eindeutiger Priorisierung der Aufgaben

Unsere Stadt benötigt wirksame Hilfen für Kinder und deren Familien, alte Menschen, Menschen mit Behinderung und für erheblich sozial benachteiligte Menschen. Das bisherige Angebot ist nicht mehr als ein „Notangebot“. Mehr denn je werden soziale Aufgaben kommunal ausgeführt, z.B. Integrationsmanager. Damit wird das Subsidiaritätsprinzip mehr und mehr unterhöhlt – die Hilfe zur Selbsthilfe wird nicht entwickelt, dafür werden zunehmend lähmende Kontrollmechanismen eingeführt.

Wir sprechen uns dafür aus, soziale Aufgaben einer konsequenten Wirkanalyse zu unterziehen, ehe diese weiter bewilligt werden.

Das Land Baden-Württemberg kann unsere Stadt bei der Alimentierung von Beratern und Gutachtern und bei der Implementierung der Ergebnisse in die Praxis finanziell unterstützen.

2

Aufbau eines „sozialen“ Arbeitsmarktes in der Stadt Pforzheim

Wir wissen, dass Menschen, die längere Zeit aus dem Arbeitsprozess draußen sind, kaum Chancen haben, sich wieder einzufügen. Die Stadt Pforzheim weist die höchste Arbeitslosen- und Hartz IV Quote in Baden-Württemberg auf. Ohne gezielte Beschäftigungsangebote für diesen Personenkreis bleiben diese Menschen dauerhaft ohne Arbeit und müssen mit staatlicher Alimentation ihr Leben fristen. Das darf nicht so bleiben. Wir müssen für diese Menschen echte Teilhabemöglichkeiten auch auf dem Arbeitsmarkt schaffen. Hierfür benötigt die Stadt Pforzheim eine verstärkte kommunale Beschäftigungsförderung, der auch ausreichend inklusive Beschäftigungsangebote vorsieht.

Auch in diesem Punkt sehen wir eine große Verantwortung bei unserer Landesregierung.

3

Kulturpolitik – Einsparpotentiale möglich

Unser Stadttheater ist hoch subventioniert. In einer Stadt wie Pforzheim, die am Rande zur Zwangsverwaltung steht, scheint dieses Engagement nicht mehr passend zu sein. Immer wieder gab es daher Forderungen nach einer Reduzierung des Leistungsangebotes bis hin zur gänzlichen Schließung des Pforzheimer Stadttheaters. Könnte ein gutes Zweispartentheater besser und kostengünstiger sein als ein mit allen Kunstgriffen zusammengesetztes Dreispartenhaus, lautet z.B. eine Frage.

Doch Kulturpolitik ist wichtig, denn eine gute Kulturorganisation ist „Nahrung für die Seele“. Aber eine Stadt wie Pforzheim ist auch mit ihren Ansprüchen auf diesem Sektor überfordert. Daher muss das Land Baden-Württemberg prüfen, inwieweit höhere Landeszuschüsse für eine „lebendige“ Kulturszene in unserer Stadt möglich sind. Anderenfalls muss geprüft werden, ob das Stadttheater in der jetzigen Form weitergeführt werden kann.

4

Konsequenter Ausbau der Pforzheimer Innenstadt mit Fahrradwegen

Die Stadt Pforzheim muss sich endlich weg von einer Autostadt hin zu einem Zentrum für Fußgänger und Fahrradfahrer entwickeln. Straßenbau ist teuer und Umwelt schädlich. Wir können einen sinnvollen ökologischen Beitrag leisten, der sich auch sehr positiv auf die innerstädtische Geschäftsentwicklung auswirkt, denn nicht die Autos kaufen ein, sondern die Menschen zu Fuß, die durch eine lebenswerte Gestaltung der Innenstadt Freude und Spaß am Bummeln und Einkaufen entwickeln werden.

Für den konsequenten und angebotsorientierten Ausbau des Radwegenetzes ist ein Investitionsprogramm des Landes sinnvoll.

5

Verkehrsberuhigung überall dort, wo urbane Strukturen sinnvoll sind

Wir merken es bereits heute: der Eispavillon Rialto hinter der Rossbrücke und das gegenüber neu platzierte Burgerrestaurant „Hans im Glück“ bereichern unsere innerstädtische Szene. Die Anlieger am Sedanplatz und in der Dillsteiner Straße werden davon partizipieren, wenn durch ansprechende gestalterische Maßnahmen eine Meile zum Flanieren, Verweilen und Spielen für Kinder entsteht. Und ein Rückbau unserer Straßen in der Innenstadt hebt die Lebensqualität ganz wesentlich.

6

Ausweisung von Gewerbe- und Wohngebieten

Ziel muss es sein, endlich **nachhaltig** handelnde Firmen in Pforzheim anzusiedeln, die das Steueraufkommen merklich anreichern. Hierfür werden dringend neue Gewerbegebiete benötigt. Daneben müssen aber auch neue Wohngebiete entstehen. Neben der Prüfung einer möglichen Verdichtung von bestehenden Wohngebieten, muss der besondere Fokus auf das Schließen von größeren Baulücken gelegt werden. Die Stadt Pforzheim weist noch genügend Flächen bzw. Brachen aus.

Insbesondere kommunale Wohnungsbauprogramme oder innovative Bauprogramme, die Leben und Arbeiten zusammen führen, bedürfen der Hilfen des Landes.

Wesentlich ist jedoch die rasche Entwicklung einer Gesamtkonzeption, die *Arbeit und Wohnen* in einen Einklang bringt.

Gern beteiligt sich die LIGA an einer solchen Aufgabe.

7

Schaffung einer kommunalen Stabsstelle als „Lotse“ für Ansiedlungswillige

Oberbürgermeister Peter Boch hat die Ansiedlungspolitik neuer Firmen zu einem seiner Arbeitsschwerpunkte erklärt. Hierfür muss er eine effiziente und effektive Unterstützung haben. Ein „Kümmerer“ mit Ämter übergreifenden Kompetenzen, der Ansiedlungswillige durch den kommunalen „Ämterdschunzel“ führt, tut dringend Not. Eine solche Stelle muss geschaffen werden.

8

Für eine wirkungsvolle Wirtschaftsförderung

Eine Wirtschaftsförderung soll die Wirtschaft in einer Kommune fördern, also mitentwickeln, neue Firmenansiedlungen intensiv betreiben und eine erkennbare Bestandspflege managen. Das alles sind die Voraussetzungen für Erfolge auf diesem Gebiet.

Führende hiesige Unternehmen beklagen aber, dass die kommunale Wirtschaftsförderung zu wenig präsent ist. Offensichtlich haften die Verwaltungsstrukturen sehr negativ an den dortigen Akteuren. Das muss sich ändern. Ähnlich wie in der kommunalen Sozialpolitik sind kaum klare Zielsetzungen formuliert. Eine eindeutige Priorisierung von Aufgaben ist daher nicht erkennbar. Die hiesige Wirtschaftsförderung bedarf dringend einer durchgreifenden Restrukturierungsmaßnahme, damit diese auf den Pfad des Erfolges gehievt wird.

Eines ist aber sicher: so wie jetzt, darf dieser „Schlüsselbereich“ nicht weiter vor sich hindümpeln. Es sollte daher ein Bündnis für *Arbeit und Beschäftigung* geschaffen werden, das die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Behörden, Wohlfahrtsverbänden und anderen Schlüsselorganisationen sichert. Das Land Baden-Württemberg könnte auch hierfür eine gezielte Anschubfinanzierung für die Moderation eines solchen

Bündnisses übernehmen und mit gezielt einzusetzenden Prämien eine gute Motivation bei Unternehmern und anderen Akteuren für neue Ideen garantieren.

9

Achtsamer Umgang mit Investorenlösungen

Investoren verfahren nach dem Prinzip des Eigennutzes. Ohne Rendite keine Investition. Die Rendite muss aber vom Steuerzahler auf Jahrzehnte erbracht werden. Die Stadt Pforzheim „beraubt“ sich daher mit jeder Investorenlösung ein Stück mehr ihrer Handlungsfreiheit. Die Lösung aus diesem Dilemma könnten Landeskredite sein.

10

Mehr Eigenverantwortung zulassen

Ein weiteres Dilemma in der aktuellen Situation sehen wir u.a. darin, dass der Drang unserer Stadtverwaltung nach Steuerung und Machtstreben viele Eigeninitiativen bereits im Keim ersticken lässt.

Wir fordern unseren Oberbürgermeister und den Gemeinderat auf, ihrer Verantwortung für unser Gemeinwohl dadurch nachzukommen, dass endlich eine eindeutige Strategie in der kommunalen Entwicklung unserer Stadt festgelegt und die einzelnen Entwicklungsschritte nachvollziehbar priorisiert werden.

Dazu gehören folgende Maßnahmen:

1. Hilfe zur Selbsthilfe aktiv zulassen – das Subsidiaritätsprinzip nicht weiter unterwandern.
2. Aktive Unterstützung von neuen Wohnformen (z.B. Generationen übergreifendes Wohnen).
3. Genossenschaftliche Strukturen als Organisationsform in der Stadtentwicklung ermöglichen.
4. Ökologische Fokussierung bei neuen Baumaßnahmen.
5. Die Gestaltung der Innenstadt im Gesamtkonzept einer zukünftig im Innenstadtbereich autofreien und kinderfreundlichen Stadt planen und durchführen, die durch ihr lebendig sein unseren Bürgern subjektiv ein gutes Sicherheitsgefühl zurückgibt.
6. Eine „aufsuchende“ Wirtschaftsförderung einrichten, deren leitendes Personal zukünftig ergebnisabhängig entlohnt wird.
7. Die Stadtverwaltung muss endlich zu einer echten Dienstleistung für ihre Bürger werden. Ansiedlungswillige benötigen einen „Lotsen“ mit weitreichenden und ämterübergreifenden Kompetenzen.

Pforzheim, im August 2017

gez. Lemke, Vorsitzender der LIGA Pforzheim / Enzkreis